



Historisches Kolleg

Dankesrede der Preisträgerin Frau Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix anlässlich der Verleihung des Internationalen Forschungspreises der Max Weber Stiftung beim Historischen Kolleg

23. November 2017, Bonn

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich meine große Dankbarkeit aussprechen, für die ehrenvolle Auszeichnung, für die wunderschöne Veranstaltung und nicht zuletzt für die unerhörten Worte des Lobs.

Ich habe in meiner Kindheit gelernt, man solle nicht zu sehr zuhören, wenn man gelobt wird und vielmehr darauf achten und sich die Argumente genau merken, wenn Kritik kommt. Das mache stärker. In der elterlichen Lektion, in der Erziehung zur Bescheidenheit wurde aber die *Freude* nicht ausdrücklich verboten, die man bei dem Lob innerlich empfindet. Und diese große Freude empfinde ich jetzt – und ich sage es Ihnen.

Und (wieder eine elterliche Lektion) es gehört sich zu danken, was ich aus dem ganzen Herzen tue, aber auch dabei zu fragen, ob das Lob wirklich verdient sei. Ist das Lob verdient, wenn man im Geiste des Humboldtschen Ideals von Forschung und Lehre seine Arbeit macht und im Grunde seit Jahrzehnten die Chance hat, sich dem zu widmen, was eine interessiert, bewegt und glücklich macht? Ist das ein Verdienst?

Da fängt es für die Französin mit den Tücken der deutschen Sprache an: ich habe es gelernt: nicht verwechseln darf man das Verdienst (das hier gemeint ist) und den Verdienst (wo es um Entgelten geht) → im französischen Sprachgebrauch ist der Unterschied klarer zwischen *mériter* (das Verdienst) wo eine Haltung oder eine besondere Leistung gewürdigt wird, und dem materialistischen, nicht unbedingt verdienten Gewinn, vom *gagner*, was seinerzeit aber auch Glück bedeutet, als Chance und nicht als *bonheur*.... Ach, die deutsche und die französische Sprache...

Die Versuchung ist mit dem doppeldeutigen deutschen Wort „Verdienst“ groß, Max Weber zu paraphrasieren, als er die zwei Arten, aus der Politik seinen Beruf zu machen, unterschied: Entweder man lebt „für“ die Politik oder aber „von“ der Politik. Ich verstehe Ihr Lob und mithin diesen schönen Internationalen Forschungspreis der Max Weber Stiftung als eine Würdigung meiner Arbeit und meines Engagements *für* die Forschung und *in* der Forschung aber auch für die Verständigung von zwei Gesellschaften und von zwei unterschiedlichen Forschungslandschaften. Die Missverständnisse zwischen den Nachbarn sind so zahlreich. Und nicht nur bei Wörtern, wie *indiscutable* (positiv im Frz) und *indiskutabel* (negativ im deutschen Gebrauch), die also genau das Gegenteil voneinander bedeuten. Wie wollen wir uns denn verstehen und einigen, wenn wir zusammen einen Antrag bewerten wollen?! Aber haben Sie keine Angst, ich bin keine Linguistin und will hier *nicht* über Sprachen reden.

Alfred Grosser und Thomas Maissen, denen ich für ihre Worte danke, beide haben bereits einiges über meinen Weg zur deutschen Geschichte, zur politischen Geschichte Deutschlands und zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen verraten. Als Historiker sollte man sich der „biographischen Illusion“ von Pierre Bourdieu bewusst sein. Dass das Leben vorwärts gelebt und rückwärts verstanden wird, und dass sehr schnell eine zugleich retrospektive und prospektive Logik hergestellt werden kann, eine Art Teleologie, bei der in der Vergangenheit *das* beleuchtet wird, was zwangsweise zur späteren Entwicklung zu führen scheint. Geschichtsschreibung ist die Kunst, vergangene Möglichkeiten zu rekonstruieren, sozusagen vergangene mögliche andere Zukünfte, sowie die dann tatsächlich getroffenen Entscheidungen, welche *peu à peu* (wieder französisch) nach einer Reihe von Zufällen aber auch mit einer gewissen Kohärenz eine dahin bringen, wo sie jetzt steht – und diesen wunderbaren Preis bekommt.

In der von Ihnen übertrieben positiv skizzierten Genealogie meines Interesses für Deutschland ist ein wenig von der „narrativen Harmonisierung“ (nach dem Wort von Peter Szondi) zu spüren. Aber *eines* stimmt ganz und gar: aus dem Zufall einer menschlichen Begegnung mit deutschen Urlaubern in der Bretagne, als ich 9 war, entstand mein Interesse für das Erlernen der Sprache als Kommunikationsmittel und als Zugangsmöglichkeit zu einem großen Geheimnis: Deutschland – Deutschland zu verstehen. Ein hochspannendes Land von dem Ausland aus gesehen: wie lebt man seit 1945 mit einer solchen Geschichte vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus weiter, wie baut sich ein Land nach dem materiellen, wirtschaftlichen aber auch politischen und geistigen Zusammenbruch hin zu einer europäischen Normalität wieder auf? Nicht deutsch als Sprache sondern *Deutschland* hat meine Neugier geweckt, nicht die Kultur der schönen Künste sondern die politische Kultur in der Bundesrepublik, die in dem Jahr meines Abiturs 1977 mit der Herausforderung des RAF-Terrorismus im Kontext des Kalten Krieges dramatisch konfrontiert war.

Mein Ausgangspunkt war also eindeutig der Gegenwartsbezug. Bekanntlich gibt es ihn bei dem Interesse für alle Perioden der Geschichte. Allerdings ist die Zeitgeschichtsforschung sicherlich der Zweig der Geschichtswissenschaft, der mit der Gegenwart am engsten verbunden ist. Das habe ich damals instinktiv gespürt und ging auch deswegen von der Sorbonne nach Sciences Po für mein Aufbaustudium. Und welche Zufriedenheit, als ich das Wort von Hans Rothfels aus dem Jahr 1953 entdeckte, nach dem *Zeitgeschichte* »die Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung« ist. Sie kennen das Gefühl: viel bedeutender fühlt man sich sofort, wenn man bei ansehnlichen Wissenschaftlern kluge und treffende Formulierungen für das findet, was man selber in der kleinen einsamen Kammer gedacht hat...

Die Zeitgeschichte, die Geschichte der eigenen Zeit, betreiben wir mit den Fragen unserer Gegenwart an die Vergangenheit. Nicht nur weil Vergangenheit, vom Standpunkt des Historikers in seiner Gegenwart verfestigte (um mit Reinhard Koselleck zu sprechen) „vergangene Gegenwart“ ist, sondern auch weil die Nachfrage nach historischem Orientierungswissen über die „gegenwärtige Gegenwart“ besteht und steigt – und somit die Teilnahme der Historiker an aktuellen Debatten rechtfertigt. Und nicht zuletzt weil diese neuen Fragen aus unserer Zeit es ermöglichen, dass die Vergangenheit (wie der frz Historiker Alain Corbin es so schön sagte) „immer unerwartet“ ist, sozusagen sie sorgt immer wieder für Überraschungen! Wenn die Geschichte der zweiten Hälfte, oder des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts als Vorgeschichte der Gegenwart bezeichnet wird, muss es nicht unbedingt als normativ aufgefasst werden. Es geht um die Noch-Offenheit von Entwicklungen und es ist eine Frage des *Blicks*. Das werde ich gleich an einem Beispiel zu zeigen versuchen.

Aber davor gestatten Sie mir bitte noch eine Vorbemerkung: der *Blick*! Der Ausgangspunkt meiner Forschungsarbeiten war auch eindeutig der Blick einer in Frankreich

sozialisierten Französin. Inwiefern haben meine eigene französische Sozialisation und die politische Kultur meines Landes die Fragestellungen beeinflusst? Das ist ein besonderer „Sehepunkt“, indem ich den Begriff des evangelischen Theologen und Historikers Chladenius adaptiere. Ein Standpunkt, vielleicht mit Vorannahmen und Auswirkungen auf die Analyse? Aus dem frühen Bewusstsein von diesem möglichen *bias* entstand eine Neugier für deutsch-französische Wechselbeziehungen dieser Art, sie verwandelte sich in ein wissenschaftliches Interesse für die politische Zusammenarbeit, weg vom Schema der Aussöhnung oder irgendeiner Liebe zwischen Deutschen und Franzosen. Spannend war dieses Geheimnis der „zahnradartigen Mechanik komplementär gelagerter Interessen“, wie Andreas Wirsching sie so treffend bezeichnet hat. Es ist naheliegend, dass ich die Methode der *histoire croisée* selber zu praktizieren versuchen musste, in der das Verhältnis zwischen dem Forscher und seinem Gegenstand reflektiert und Teil der Analyse wird.

Mit der frühen Neugierde für den Nachbarn, mit diesem reflektierten ausländischen Sehepunkt und mit dem Gegenwartsbezug ist man reif für die vergleichende Geschichte. Der Ansatz zielte in den 90er Jahren auf die Relativierung des Nationalen, auf die Suche nach unerwarteten Gemeinsamkeiten und Unterschieden, so im deutsch-französischen Vergleich, wengleich die Methode den Vorwurf von der Verstärkung oder gar Versteinerung des Nationalen erleiden musste. Man sei in dem „Nationalen Container“ von Ulrich Beck gefangen und solle eher Transfers analysieren – welche, ehrlich gesagt, genauso von der Annahme ausgehen, dass etwas zirkuliert von einem Punkt Deutschland zu einem Punkt Frankreich und umgekehrt. Dass sich dabei einiges verändert, ist das Interessante, auch unterhalb der nationalen Ebene, und dass es zwischen den zwei Nachbarn im engen Kontakt, Deutschland und Frankreich, zu einer gemeinsamen Geschichte führt, *das* war und bleibt anregend. Meine Erfahrung hat gezeigt, dass dabei hartnäckige Widerstände und unerwartete Konvergenzprozesse zum Vorschein kommen. Und sie erzählen von dem Gewicht der Strukturen und von der sogenannten Pfadabhängigkeit, die den Wandel schwerfälliger macht als das Weitermachen.

Das können wir an einem sehr aktuellen Thema beobachten, das auch zeigt, wie das Zusammennehmen der zwei Nachbarsysteme *und* in der historischen Entwicklung jedes einzelne besser zu verstehen hilft als die kurzsichtige, einäugige Perspektive. Dieses Beispiel kommt aus einem Bereich, der *per definitionem* nationalstaatlich geformt ist, weil es sich im nationalstaatlichen Rahmen der Institutionen abspielt. Aber der beide Länder einschließende Ansatz kann bei der Suche nach allgemeinen Faktoren des Wandels der westlichen Demokratien hilfreich sein. Dass wir dabei mit einer sog. „Problemggeschichte“ zu tun haben, liegt auf der Hand. Es ist die Geschichte *gegenwärtiger* Problemlagen.

Die politische Entwicklung der Bundesrepublik seit 1949 und die Geschichte der frz. 5. Republik seit 1958 haben allem Anschein nach eine jeweils sich stark vom Nachbarn unterscheidende politische Kultur sowie recht unterschiedliche Parteienlandschaften entstehen lassen. Eine schnelle, basale, stammtischartige Erklärung dafür mit Argumenten wie „Nationalcharakter“ ist irrelevant. Der Regierungssystemvergleich stellt eher einerseits die Frage nach der historischen Individualität der Kräftekonstellationen innerhalb der Regelmäßigkeit eines Demokratiemodells, und andererseits die Frage nach der Henne und dem Ei: was ist nämlich entscheidend, ist die jeweilige Verfassung so gestaltet, um der vorhandenen politischen Kultur Genüge zu tun, oder ist es umgekehrt die Verfassung, welche politische Kultur, Wertesystem und Praxis im jeweiligen Land geprägt hat? Die beiden Phänomene ergänzen sich wahrscheinlich. Das Wechselspiel kann nur historisch ergründet und in einer Dynamik verstanden werden. Sie ist hilfreich, um die jetzige Situation in beiden Ländern zu erklären.

Die zwei Verfassungsordnungen von 1949 und 1958 waren Antworten auf die jeweilige Geschichte, so dass sowohl Strukturen und Selbstverständnis historische Erinnerungen mittransportieren.

In Frankreich erzeugte die Erfahrung des parlamentarischen Systems der 4. Republik eine Abneigung gegen Verhältniswahlrecht, gegen die Herrschaft des Parlaments und die sog. „Parteiendiktatur“. 1958 wurde das Mehrheitswahlrecht eingeführt als *das* Mittel schlechthin, um klare Verhältnisse zu schaffen in dem die Lagerbildung befördernden „semi-präsidentiellen System“ (Maurice Duverger). Bei der entstehenden starken Polarisierung der politischen Kräfte nach dem Links-Rechts-Modell spielte nicht so sehr die Tatsache, dass diese Links-Rechts-Bezeichnung von Franzosen erfunden wurde und aus der Zeit der frz Revolution stammt, als sich in der Konstituante Ende August 1789 die Befürworter des Einspruchsrechts für den König rechts vom Vorsitzenden versammelten, die Gegner links von ihm. Eine große Rolle spielte bei dieser Polarisierung der Kräfte in Frankreich nach 1958 auch das große Gewicht der Kommunistischen Partei in dem linken Lager, eine Partei die ein eigenes Milieu strukturierte, eine eigenständige Kultur beanspruchte und formte, und die Gesellschaft durchzog, von Arbeitern hin zu engagierten Intellektuellen. Der Kommunismus war ein fester Bestandteil einer breiteren politischen Kultur, die zugleich an langfristige parteipolitische Entwicklungen knüpfte, vom klassenkampfinspirierten Frontendenken geprägt war und sich an dem Identifikationsrettungsring der Resistance klammerte.

Kontrastiv gesehen entstand in der Bundesrepublik ein Regierungssystem als Ergebnis einer Faktorenkombination: erstens die sehr spezifische historische Last der Deutschen, bei der die Weimarer Republik zugleich Vorbild als erste deutsche Republik und Feindbild als Vorzimmer der NS-Diktatur war; zweitens das Festhalten am Prinzip der funktionellen Bipolarität, die mit der Abwechslung von Mehrheit und Opposition an der Regierungsverantwortung zum Wesen der Parlamentarischen Demokratie gehört; und drittens der Zwang zur Kompromissuche bei der Koalitionsbildung, mit dem entsprechenden Sog in die Mitte. Im Gegensatz zu der französischen Situation war der Kommunismus in der alten Bundesrepublik sozusagen externalisiert. Als zweites Feindbild in der Gegenwart neben dem Nationalsozialismus in der Vergangenheit wirkte er als konsensstiftend und verstärkte die Abneigung gegen Extreme. In diesem Land entwickelte sich die Mitte als Ordnungszentrum der Gesellschaft, als mögliche Alternative zu der Vorstellung der Politik als beständiger Kampf zwischen Fortschritt und Beharrung.

Es ist nicht verwunderlich, dass diese strukturellen, sowohl kontext- als auch historisch-bedingten Grundzüge Auswirkungen auf die jeweilige politische Landschaft hatten, deren Entwicklung aber uns interessiert.

Ab Anfang der 1950er Jahre organisierte sich das politische Leben in Westdeutschland in einer Konzentration um die zwei großen Volksparteien CDU (mit CSU) und SPD, als Sammelparteien von früher bestehenden traditionellen politischen Familien. Den zwei großen Blöcken gelang die Integration von zentrifugalen Kräften; dies erfolgte dank der 5%-Klausel, während beide Seiten der Strategie folgten, die Mitte zu besetzen und sich als „Partei der Mitte“ zu deklarieren. Die Mitte war positiv konnotiert, ein Wert, der Ort der friedensstiftenden Kompromiss- und schließlich Konsenssuche. Diese fand lange in der Form des Dreiparteiensystems statt, mit der kleinen Partei des Liberalismus FDP als Zünglein an der Waage. Sogar eine Große Koalition war möglich, wenngleich sie 1966 eine krisenbedingte Notlösung war. Das System veränderte sich dann in zwei Schüben in ein 5-Parteiensystem: zunächst 1983 mit der allmählichen Etablierung der Grünen, dann nach der Wiedervereinigung 1990 mit der dauerhaften Behauptung einer stärker orthodox linken Partei als Vermächtnis der SED/PDS und Sammlung von sozialistischen SPD-kritischen Wählern.

Ein anderes Bild hat in Frankreich seit der Gründung der 5. Republik dominiert, mit der Polarisierung der Kräfte in zwei Lagern mit starker Abgrenzung. Es wurde lange wahrgenommen als ein Bipartismus, wenngleich das konservative wie das linke Lager immer vielfältig gewesen sind. In den 1970er-Jahren entstand ein doppelt binäres System (mit Gaullisten und Liberalen rechts, PS und PC links), in der Wissenschaft „bipolare Quadrille“ genannt. Dieser Bipartismus ließ keinen Platz für le *Centre* (die Mitte), die in der französischen Republikgeschichte verhasst, meist als ein profillosen Zwischenraum betrachtet, ja geradezu als „Morast“ verunglimpft war. Die Entwicklung des Systems war paradox. Einerseits wurde die Polarisierung zwischen rechts und links weiterhin gern herangezogen, um zwischen zwei unvereinbaren Gesellschaftskonzepten zu unterscheiden, vereinfacht zwischen liberaler Ordnung und Kollektivismus. Andererseits führte die Dämpfung der ideologischen Prägung in der Praxis seit der Wende Mitterrands 1983 und der Rückkehr zu einer gemäßigten Sparpolitik zu einem Schwenk zur Mitte. Seitdem wurde Frankreich mit wenigen parteipolitischen Unterschieden *in der Praxis* in der Mitte regiert, allerdings mit einem in den Medien bisweilen schrill inszenierten polarisierten Diskurs.

In beiden Ländern erfolgte diese Entwicklung in einer anscheinenden Stabilität der Modelle. Unterschiede bestanden weiter: die Integrationsfunktion der Parteien war in Frankreich wenig ausgeprägt, mit widerlaufenden Positionen im selben Lager, in Deutschland dagegen sehr, mit der Ausgleichung der Positionen. In der Repräsentationsfunktion setzte in Frankreich die Fragmentierung früh ein, schrittweise mit Erscheinung und Erstarren der rechtsradikalen Front national, während in Deutschland die sog. Aggregation mit der Zentralisierung der Repräsentanz weiterhin zu funktionieren schien. Dennoch hatten die sog. Republikaner bereits in den 1980er Jahren ein besonderes Potential gezeigt, Schönhuber ähnlich wie der Vater Le Pen.

Seit wenigen Monaten und auch Tagen scheint nun alles, was wir zu wissen glaubten, auf den Kopf gestellt. Es findet eine unerwartete Konvergenz im Wandel der politischen Landschaften statt: Nach dem Zusammenbruch der großen Volksparteien regiert in Frankreich nun die parteipolitisch organisierte und beanspruchte Mitte, während Deutschland eine weitgehende Fragmentierung der politischen Landschaft entdeckt, zusammen mit großen Verlusten bei der sozialdemokratisierten CDU und der geschwächten SPD und mit dem Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei rechts von der CSU, die AfD. Aber der Anschein einer genau umgekehrten Situation im Kontrast mit der Vergangenheit trägt. Wenngleich Frankreich jetzt gemäßigt, Mitteorientiert und stabil und Deutschland mindestens vorübergehend unregierbar scheinen, erleben beide Länder, ausgehend von recht unterschiedlichen nationalen Parteienlandschaften, eine ähnliche Entwicklung, durch Fragmentierung und Polarisierung gekennzeichnet sowie durch das Aufkommen eines beträchtlichen neuen Angebots. Der historische Blick auf die letzten Jahrzehnte lässt keine Überraschung zu, es haben sich bereits sichtbare Entwicklungen in hohem Maße bestätigt.

Deutschland und Frankreich sind mit gleichen Herausforderungen der Demokratie konfrontiert, d. h. mit sich auflösenden politischen Milieus, sich verflüssigenden Partizipationsformen, mit der Verflüchtigung des Begriffs Stammwählerschaft und mit einem komplexitätsreduzierenden politischen Angebot. Ich möchte hier die These vertreten, dass die gemeinsam erfahrenen Faktoren des Wandels stärker sind als die nationale Pfadabhängigkeit in dem Zusammenspiel mit äußeren Faktoren, denen beide Gesellschaften ausgesetzt sind. Die sog. Globalisierung und die damit verbundene Unübersichtlichkeit fördert das (dominant rechtspopulistische) dichotomische Erklärungsmuster der Welt und des Lebens, mit einer klaren Einteilung in Gut und Böse, ohne Nuancen. Es hat zum großen Teil die Wahrnehmung der Realität durch den Klassenkampf oder schematisch durch ein klassisches „Freund-Feind-Modell“ abgelöst. Dieses Angebot reduziert die Komplexität von komplexen Sachgehalten in

einer sich verbreitenden Deklassierungsangst, einer Angst vor dem Raub des „Eigenen“, wo das „Eigene“ vieles sein kann: Arbeitsplatz, Sozialleistungen, Wohnraum, Sprache, Kultur, also auch eine konstruierte „Identität“ in ihrer vermeintlichen „Reinheit“. Diese Dynamik der befürchteten eigenen Exklusion, die die radikale Ablehnung motiviert gegenüber den etablierten Parteien, der sog. „Lügen“-Presse, dem „System“, den Einwanderern, ist auf stupender Weise genau so schnell wie die von Hartmut Rosa diagnostizierte Beschleunigung der gesellschaftlichen Prozesse als Charakteristikum unserer Moderne. Und sie nährt sich von der Herausforderung der Ankunft von Migranten – die es nun zusammen zu begegnen gilt.

Was jetzt passiert, ist keine große Überraschung. Eine gemeinsame Erfahrung für Deutschland und Frankreich, die die zahnradartige Mechanik komplementär gelagerter Interessen wieder in Gang bringen sollte, müsste – auch für das gemeinsame Europa.

Mit dem Gegenwartsbezug und dem besonderen deutsch-französischen Blick schließt sich hier für heute der Kreis. Eines haben die Wissenschaftler und die Politiker gemeinsam, mindestens wenn man mit Max Weber die Wissenschaft als Beruf versteht: die Kombination von Arbeit und Leidenschaft. Max Weber schrieb: „Der Einfall ersetzt nicht die Arbeit. Und die Arbeit ihrerseits kann den Einfall nicht ersetzen oder erzwingen, sowenig wie die Leidenschaft es tut. Beide - vor allem beide zusammen – locken ihn“. Gerne übernehme ich von Max Weber sein Plädoyer für dieses „Zusammen von Arbeit und Leidenschaft“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.